

Die FDP und das Rheinland. Interne Organisationsstruktur und regionale Entscheidungszentren aus politikwissenschaftlicher Sicht

1. Einleitung

Akteure aus dem Rheinland haben die innerparteilichen Machtstrukturen der Freien Demokratischen Partei (FDP) seit ihrer Gründung maßgeblich geprägt. Dies kann ein mikropolitischer Blick auf die Partei, besonders für die zurückliegenden Monate und Jahre, zeigen. Denn nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag bei der Bundestagswahl 2013 wurde von der neuen Parteiführung um den gebürtigen Rheinländer Christian Lindner¹ zunächst ein interner Leitbildprozess angestoßen, der die eigenen Parteimitglieder beschäftigen, von der heftigen Wahlniederlage ablenken und für die Zukunft neu motivieren sollte.² Die Bundestagswahl 2017 wurde schließlich mit einer starken Personalisierung auf seine Person im Wahlkampf und einer deutlich anders akzentuierten Programmatik auf die Themen Bildung und Digitalisierung gewonnen.³ Ferner spielten enge Vertraute Lindners wie z.B. der nordrhein-westfälische Generalsekretär Johannes Vogel, ebenfalls ein gebürtiger Rheinländer, besonders im Wahlkampf eine zentrale Rolle.

Die jüngste Parteigeschichte kann somit eindrucksvoll bestätigen, dass das Rheinland und die Rheinländer eine besondere Rolle für die Entwicklung der FDP spielen und gespielt haben. Ob das Rheinland in diesem Sinne

- 1 Christian Lindner wuchs in Wermelskirchen auf und erwähnt in seinem aktuellen Buch im Hinblick auf seine programmatische Verortung dezidiert seine rheinische Heimat, vgl. Christian Lindner: Schattenjahre. Die Rückkehr des politischen Liberalismus. Stuttgart 2017, S. 51.
- 2 Vgl. Florian Glock: Die FDP in der außerparlamentarischen Opposition. Innerparteiliche Willensbildung und Einstellungen der Parteitagsdelegierten. In: Sebastian Bukow/Uwe Jun (Hrsg.): Parteien unter Wettbewerbsdruck. Wiesbaden 2017, S. 181-201, hier S. 190; Marco Buschmann: Der Turnaround der FDP. Auch eine Frage der Markenpositionierung. In: Holger J. Schmidt/Carsten Baumgarth (Hrsg.): Forum Markenforschung. Tagungsband der internationalen Konferenz „DERMARKENTAG2014“. Wiesbaden 2015, S. 17-26.
- 3 Bereits wenige Monate vor der Bundestagswahl 2017 wurde diese Strategie bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erfolgreich erprobt, vgl. Stefan Bajohr: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 14. Mai 2017. Schwarz-Gelb statt Rot-Grün. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 47 (2017), S. 614-633.

sogar als regionales Entscheidungszentrum der Partei definiert werden kann, versucht der Beitrag im Folgenden zu untersuchen. Dazu wird zunächst die aktuelle Entscheidungsstruktur der Bundespartei skizziert, ehe auf die derzeitige Situation der FDP in der Region Rheinland detailliert eingegangen wird. Abschließend wird die Bedeutung des Rheinlands und seiner Akteure für die innerparteiliche Willensbildung der FDP analysiert.

2. Interne Entscheidungsstruktur der Bundespartei

Die formale Organisationsstruktur der FDP ist durch das Grundgesetz und das Parteiengesetz normiert und folgt daher den Grundmustern, die für alle deutschen Parteien gelten. Sie ist in der Satzung der Bundespartei niedergelegt. Der Bundesparteitag ist das höchste Gremium der Partei.⁴ Dieser wählt einen mehrköpfigen Parteivorstand mit einem Parteivorsitzenden; seit 2013 ist dies Christian Lindner. Die Auswahl der Parteimitglieder, die am Bundesparteitag teilnehmen, erfolgt über ein bestimmtes, in der Parteisatzung festgelegtes Delegiertenprinzip, das bei der FDP neben den Mitgliederzahlen auch die Wahlergebnisse der Landesverbände bei der zurückliegenden Bundestagswahl berücksichtigt.⁵ Die FDP gliedert sich ferner in mehrere Ebenen, welche die föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland abbilden: in 16 Landesverbände, 61 Bezirks-, 465 Kreis- und etwa 2200 Ortsverbände.⁶ Jede dieser Ebenen hält jeweils eigene Parteitage ab und wählt eigene Vorstände. Die interne Willensbildung der Partei wird zudem durch zahlreiche Vorfeldorganisationen geprägt, wie insbesondere durch die Jugendorganisation „Junge Liberale“.⁷

Wenn man sich mit parteiinternen Entscheidungsprozessen genauer beschäftigt, rückt abweichend von der formalen Organisationsstruktur die informelle Entscheidungsstruktur einer Partei wie der FDP in den Fokus.⁸ Innerparteiliche Entscheidungsprozesse lassen sich grundsätzlich in inhaltliche

4 Vgl. Freie Demokratische Partei, Bundesatzung, Fassung vom 23. April 2016, § 11.

5 Vgl. ebd., § 13, Abs. 3.

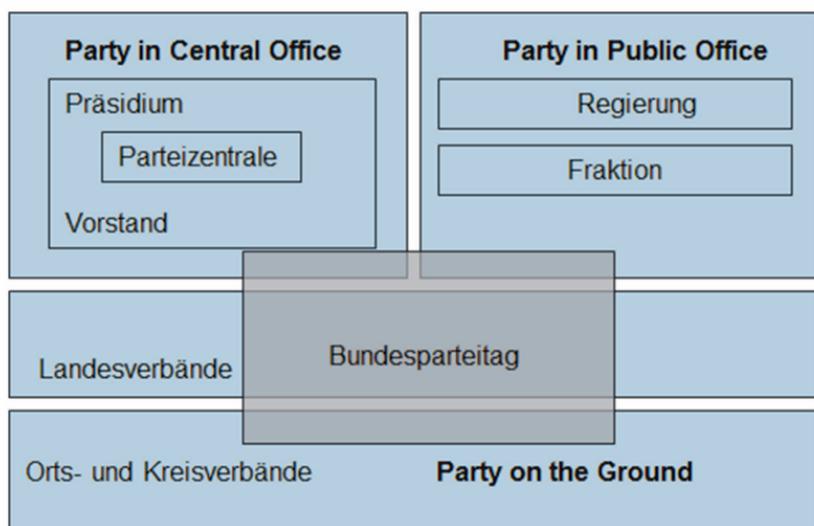
6 Vgl. Jan Treibl: Die FDP. Prozesse innerparteilicher Führung 2000-2012. Baden-Baden 2014, S. 89.

7 Vgl. ebd., S. 105 ff.

8 Vgl. Jan Treibl: Formales und informelles Führen und Folgen in Parteien. Ein mikropolitischer Ansatz zur Analyse von internen Entscheidungsprozessen am Beispiel der FDP. In: Stephan Bröchler/Timo Grunden (Hrsg.): Informelle Politik. Konzepte, Akteure und Prozesse. Wiesbaden 2014, S. 323-349; ders.: Innerparteiliche Entscheidungsprozesse. In: Karl-Rudolf Korte/Timo Grunden (Hrsg.): Handbuch Regierungsforschung. Wiesbaden 2013, S. 359-369; ders.: Was bedeutet innerparteiliche Willensbildung? Forschungsstand und theoretische Zugänge. In: Karl-Rudolf Korte/ders. (Hrsg.): Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland. Sonderband 2012 der Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol). Baden-Baden 2012, S. 7-34.

(Programmatik, Strategie) und personelle Entscheidungen (innerparteiliche und öffentliche Ämter) unterteilen. Konkret stellt sich in diesem Kontext die Frage, welche innerparteilichen Akteure bzw. Akteursgruppen partiinterne Entscheidungsprozesse entscheidend prägen. Zentrale Befunde der nationalen und internationalen Parteienforschung können helfen, eine gegenstandsbezogene Heuristik zu entwickeln, welche die formale Organisationsstruktur einer Partei zu einer informellen Entscheidungsstruktur weiterentwickelt.

Abb. 1: Die informelle Entscheidungsstruktur der FDP



Quelle: Eigene Darstellung.⁹

Wie Abb. 1 zeigt, sind Grundlage dieser Heuristik die „drei Gesichter“ einer Parteiorganisation von Katz und Mair:¹⁰ Die „party in central office“ umfasst die nationalen Vorstände bzw. Präsidien einer Partei. Diese werden in ihrer Arbeit in der Regel von einer Parteizentrale mit hauptberuflich tätigen Mitar-

9 Auf Grundlage von Richard S. Katz/Peter Mair: The Evolution of Party Organizations in Europe. The Three Faces of Party Organization. In: American Review of Politics 14, special issue (1993), S. 593-617; Thomas Poguntke/Paul Webb: The Presidentialization of Politics in Democratic Societies. A Framework for Analysis. In: Dies. (Hrsg.): The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies, Oxford 2007, S. 1-25.

10 Vgl. Katz/Mair: The Evolution (wie Anm. 9).

beitern intensiv unterstützt.¹¹ Die Parteitage als höchstes Gremium der Partei werden von der „party in central office“ gezielt vorbereitet und gesteuert. Konkret sei in diesem Zusammenhang auf die zentrale Rolle der Parteizentrale, bei der FDP die Bundesgeschäftsstelle, bei der Vorbereitung und Ausrichtung eines Bundesparteitages hingewiesen. Die „party in public office“ hingegen nimmt die in öffentlichen Ämtern aktiven Parteimitglieder, also die Bundestagsabgeordneten und gegebenenfalls Regierungsmitglieder einer Partei, in den Blick. Obwohl sie rein rechtlich nicht zur formalen Parteiorganisation dazugehören, können sie durch die auf das Parlamentsmandat zurückzuführenden inhaltlichen und organisatorischen Mittel großen Einfluss auf die Willensbildungsprozesse ihrer Partei nehmen.¹² Alle Parteimitglieder, die der „party in central office“ und der „party in public office“ angehören, sind hauptberuflich für die Partei tätig¹³ und können daher für die innerparteiliche Willensbildung auch zusammenfassend als Parteispitze definiert werden.

Die „party on the ground“ beschreibt hingegen die Parteibasis, an der die Mitglieder nur ehrenamtlich und sporadisch aktiv sind. Diese engagieren sich zwar mitunter fleißig in den lokalen Gliederungen der Partei, auf dem Bundesparteitag sind sie selbst aber nicht vertreten. Ihr Einfluss auf die Willensbildung der Partei ist durch das innerparteiliche Delegiertenprinzip stark eingeschränkt.¹⁴ Allerdings ist seit den 1990er Jahren ein Ausbau von direktdemokratischen Elementen wie Mitgliederbefragungen bzw. -entscheiden in den Parteisitzungen zu beobachten. Theoretisch besteht über diese Elemente die Möglichkeit für die Parteibasis, sich aktiv an innerparteilichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Jedoch sind es meist die Parteiführungen selbst, die aus strategischen Gründen (Stärkung der innerparteilichen Willensbildung, Klärung innerparteilicher Flügelkämpfe oder Lösung innerparteilicher Personalquereien) ihre Mitglieder befragen, so wie bei dem oben erwähnten Leitbildprozess der FDP in den Jahren 2014 und 2015.¹⁵ Nur selten gelingt es einer Gruppe der Parteibasis, das entsprechende Quorum zu erreichen und somit selbst einen Mitgliederentscheid zu initiieren, wie z.B. im Herbst 2011, als eine Gruppe von Mitgliedern um den FDP-Bundestagsabge-

11 Siehe dazu ausführlich Sebastian Bukow: Die professionalisierte Parteiorganisation. Bedeutung und Selbstverständnis der Party Central Offices. In: Uwe Jun/Benjamin Höhne (Hrsg.): Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse. Opladen 2010, S. 257-278.

12 Siehe zum Einfluss der Bundestagsfraktionen auf die deutschen Parteien ausführlich Helmar Schöne: Alltag im Parlament. Parlamentskultur in Theorie und Empirie. Baden-Baden 2010; Suzanne S. Schüttemeyer: Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Opladen 1998.

13 Vgl. Elmar Wiesenthal: Parteien. Frankfurt am Main 2006, S. 38 f.

14 Vgl. Treibel: Was bedeutet innerparteiliche Willensbildung? (wie Anm. 8), S. 20 f.

15 Vgl. Glock: Die FDP (wie Anm. 2), S. 190.

ordneten Frank Schäffler einen Mitgliederentscheid über den Euro-Rettungsschirm in der FDP gegen die Parteiführung initiierte.¹⁶ Am Ende konnten aber nicht genügend Mitglieder mobilisiert werden. Weniger als ein Drittel der Parteimitglieder beteiligten sich am Verfahren, so dass das Quorum verfehlt wurde.

Diese drei Parteigesichter können ferner noch um „middle-level-elites“ ergänzt werden.¹⁷ Hierbei handelt es sich um lokale bzw. regionale Parteielite, die als dezentrale Führungsgruppen in der Partei agieren: in Sonder-, Unter- und Nebenorganisationen, in Landesverbänden oder als Vertreter der in der FDP weniger formell organisierten Flügel bzw. Strömungen. Auch die Fachausschüsse, Kommissionen und liberale Foren, die besonders die programmatische Arbeit der FDP vorantreiben, können zu den „middle-level-elites“ hinzugezählt werden. Insgesamt unterscheiden sich diese Akteure von der Partebasis dadurch, dass sie sich neben der Übernahme von parteiinternen Ämtern als Daueraktive auch intensiver am Parteileben beteiligen als die weniger aktiven Parteimitglieder der Basis.¹⁸

Der traditionelle Ort, an dem alle innerparteilichen Gruppen zusammentreffen, ist der Bundesparteitag. Alle wichtigen innerparteilichen Entscheidungen über die Programmatik, das Personal und die Strategie der Partei werden final an diesem Ort getroffen. Deshalb ist der Bundesparteitag als der zentrale Entscheidungsort der Partei in der Mitte von Abbildung 1 positioniert.

Durch das Abschneiden der Liberalen bei der Bundestagswahl 2013 war die Entscheidungsstruktur der FDP einem enormen Wandel unterworfen. Die FDP erreichte im September 2013 nur 4,8 Prozent der Zweitstimmen und schaffte zum ersten Mal in ihrer Parteigeschichte nicht den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Die Freien Demokraten schieden somit nicht nur aus der Bundesregierung aus, sondern waren auch zum ersten Mal seit 1949 nicht mehr mit einer Fraktion im Deutschen Bundestag vertreten.¹⁹ Die Partei verlor praktisch über Nacht ihre komplette „party in public office“, konkret 93 Bundestagsabgeordnete mit mehreren hundert Mitarbeitern sowie fünf Bundesminister und acht parlamentarische Staatssekretäre. Auch die „party in central office“ wurde dezimiert, da nun deutlich weniger Mitglieder automatisch durch ein öffentliches Amt im Präsidium vertreten waren (ex-officio-Mitglieder). Ferner mussten auch in der Parteizentrale aufgrund von

16 Vgl. Jan Treibel: Wie die Partebasis tickt, weiß niemand. Die falsche Frage für einen Mitgliederentscheid in der FDP?, regierungsforschung.de (2011), <http://regierungsforschung.de/wie-die-partebasis-tickt-weiss-niemand-die-falsche-frage-fuer-einen-mitgliederentscheid-in-der-fdp/> (Stand: 2.1.2018).

17 Vgl. Poguntke/Webb: The Presidentialization (wie Anm. 9), S. 9.

18 Vgl. Wiesdahl: Parteien (wie Anm. 13), S. 38f.

19 Vgl. Jan Treibel: Freie Demokratische Partei (FDP). In: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, 3. Aufl. Wiesbaden 2018, S. 319-331.

Einsparungsmaßnahmen zahlreiche Mitarbeiterstellen abgebaut werden.²⁰ Als Ergebnis standen für die Parteispitze so wenig Personal und administrative Mittel für ihre inhaltliche Arbeit wie wohl in den letzten 30 Jahren nicht mehr zur Verfügung. Durch den Wegfall der Bundestagsfraktion hatte es die nun außerparlamentarische Partei deutlich schwerer, öffentlich für ihre inhaltlichen Positionen zu werben. Als Folge rückten automatisch die starken Landesverbände der Partei, insbesondere Nordrhein-Westfalen um den neuen Bundesvorsitzenden Christian Lindner, in den Mittelpunkt der Entscheidungsstruktur der FDP.²¹

Vermutlich wird die spezielle Entscheidungsstruktur der Partei im Zeitraum von 2013 bis 2017 aber vorerst einmalig bleiben, denn durch den Wiedereinzug in den Bundestag im September 2017 könnte sich in der Hauptstadt ein neues Entscheidungszentrum der Partei bilden. Christian Lindner, nun Parteivorsitzender und Vorsitzender der Bundestagsfraktion, bleibt zwar der zentrale Kopf der Partei, seine politische Machtbasis ist nun aber nicht mehr der Landesverband Nordrhein-Westfalen, sondern in stärkerem Maße die neue Bundestagsfraktion in Berlin.²²

3. FDP in der Region Rheinland

Um die Situation der FDP in der Region Rheinland analysieren zu können, muss zunächst die Frage beantwortet werden, um welche Region es sich konkret handelt bzw. wo die Grenzen des Rheinlandes genau verlaufen. Ohne andere Definitionen komplett außer Acht zu lassen,²³ spricht aus forschungspragmatischen Gründen vieles dafür, sich auf die Grenzen der preußischen Rheinprovinz von 1871 zu konzentrieren, so wie es das Portal Rheinische Geschichte des Landschaftsverbandes Rheinland vorschlägt.²⁴ Demnach umfasst die Region Rheinland die ehemaligen bzw. heutigen Regierungsbezirke Düsseldorf, Köln und Aachen (im heutigen Bundesland Nordrhein-Westfalen) sowie Koblenz und Trier (im heutigen Bundesland Rheinland-Pfalz) und das Saarland.

20 Konkret mussten 18 von 38 Mitarbeitern im Thomas-Dehler-Haus entlassen werden, vgl. Lindner: Schattenjahre (wie Anm. 1), S. 29.

21 Siehe dazu ausführlich Kapitel 3.1.

22 Konsequenterweise beendete Lindner im Herbst 2017 die in der Geschichte der FDP fast einmalige Bündelung von Bundes- und Landesvorsitz, als er das Amt des NRW-Landesvorsitzenden niederlegte. Sein Nachfolger wurde Landesminister Joachim Stamp, vgl. Pressemitteilung der FDP-NRW vom 27.11.2017, <https://www.liberal.de/content/stamp-loest-lindner-als-vorsitzenden-der-freien-demokratnen-nrw-ab> (Stand: 4.1.2018).

23 Siehe dazu u.a. den Beitrag von Henning Türk in diesem Band.

24 Vgl. Regierungsbezirke. In: Portal Rheinische Geschichte. <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/orte/ab1815/Regierungsbezirke/Seiten/index.aspx> (Stand: 3.1.2018).

Da die Organisationsstruktur der FDP sich aufgrund der rechtlichen Rahmung durch das Grund- und das Parteiengesetz an der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland orientiert,²⁵ wird im Folgenden die Situation der rheinischen Akteure in den FDP-Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz untersucht. Eine detaillierte Analyse des FDP-Landesverbandes im Saarland wird hingegen bewusst ausgespart, da die FDP-Saar sowohl landespolitisch für das Bundesland als auch innerparteilich in der Bundespartei aktuell keine wichtige Rolle spielt. So erreichten die Freien Demokraten bei der letzten Landtagswahl im Saarland am 26. März 2017 nur 3,3 Prozent der Zweitstimmen und sind somit derzeit nicht mit einer Fraktion im Landtag vertreten.²⁶ Ferner ist der saarländische Landesverband, bezogen auf die Mitgliederzahl, aktuell der drittkleinste Landesverband der Bundespartei. Nur die Landesverbände Bremen und Mecklenburg-Vorpommern haben noch weniger Mitglieder.²⁷ Daher konzentriert sich die folgende Darstellung nur auf die FDP in den rheinischen Regionen Nordrhein-Westfalen und von Rheinland-Pfalz.

3.1. Nordrhein-Westfalen

Bei der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 2017 erreichte die FDP mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen ihr bestes Ergebnis seit Gründung des Bundeslandes.²⁸ Auch die Landtagsfraktion ist mit 28 Abgeordneten die bislang größte ihrer Geschichte. Wirft man einen Blick auf die Lebensläufe der FDP-Abgeordneten, fällt auf, dass 17 der 28 Abgeordneten, also fast zwei Drittel, gebürtig aus dem Rheinland stammen und dieser Landesteil somit überproportional gut in der liberalen Landtagsfraktion vertreten ist. Zusammen mit der CDU bildet die FDP eine schwarz-gelbe Landesregierung. Drei Landesministerien stehen Minister der FDP vor, die ebenfalls allesamt im rheinischen Landesteil gewählt wurden oder dorther stammen.²⁹

Die Geschicke des Landesverbandes werden traditionell vom geschäftsführenden Landesvorstand, von der Führung der Landtagsfraktion und von

25 Siehe dazu ausführlich Kapitel 2.

26 Vgl. Die Landeswahlleiterin Saarland: Landtagswahlen 2017 http://www.statistikextern.saarland.de/LT_SL/ (Stand: 3.1.2018).

27 Vgl. Oskar Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2016. In: ZParl 47 (2017), S. 370-396.

28 Vgl. Bajohr: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl (wie Anm. 3), S. 633.

29 Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration ist Joachim Stamp, wohnhaft in Bonn; Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie ist Andreas Pinkwart aus dem Rhein-Sieg-Kreis und Ministerin für Schule und Bildung ist Yvonne Gebauer aus Köln, vgl. Bajohr: Die nordrhein-westfälische Landtagswahl (wie Anm. 3), S. 632.

den FDP-Landesministern bestimmt.³⁰ Aktuell umfasst dieser Kreis neun Personen,³¹ wovon lediglich der Fraktionsvorsitzende Christof Rasche aus Erwitte und die stellvertretende Landesvorsitzende Angela Freimuth aus Lüdenscheid nicht das Rheinland repräsentieren. Die Parteispitze der FDP-NRW wird somit stark von Akteuren aus dem Rheinland bestimmt, die anderen Regionen von NRW (Westfalen und Lippe) sind hingegen deutlich unterrepräsentiert.

Tab. 1: Mitglieder und Gliederungen der FDP-NRW

Bezirksverband	Mitglieder	Kreisverbände
Köln	3286	7
Ostwestfalen-Lippe	1738	7
Düsseldorf	1693	6
Münsterland	1512	5
Niederrhein	1380	6
Ruhr	1260	9
Aachen	1008	5
Westfalen-West	951	5
Westfalen-Süd	949	4

Quelle: Eigene Darstellung.³²

Dieser Befund korreliert mit den regionalen Mitgliederzahlen der Untergliederungen des Landesverbandes. Der Bezirksverband Köln weist die mit Abstand meisten Mitglieder aller Bezirksverbände der FDP-NRW auf und hat fast doppelt so viele Mitglieder wie der zweitmitgliederstärkste Bezirk Ostwestfalen-Lippe. Das verwundert nicht, denn zahlreiche prominente FDP-Politiker der Vergangenheit und Gegenwart hatten bzw. haben hier ihre poli-

30 Vgl. Jan Treibel: Die FDP in Nordrhein-Westfalen. Multikoalitionsfähige Partei des programmatischen Wandels. In: Stefan Marschall (Hrsg.): Parteien in Nordrhein-Westfalen. Essen 2013, S. 275-292, hier S. 282.

31 Den geschäftsführenden Landesvorstand bilden der Landesvorsitzende (derzeit Joachim Stamp), seine zwei Stellvertreter (Angela Freimuth und Alexander Graf Lambsdorff), der Generalsekretär (Johannes Vogel), der Schatzmeister (Otto Fricke) und der Landesgeschäftsführer (Ralph Sterck). Der Vorsitzende der Landtagsfraktion (Christof Rasche) und die restlichen Landesminister sind nicht vom Landesparteitag gewählte, sondern Kraft ihres Amtes kooptierte Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes, vgl. FDP Landesverband Nordrhein-Westfalen: Satzung, Fassung vom 19.4.2008, § 21.

32 Zahlen nach FDP NRW: Geschäftsbericht 2014-2015. Düsseldorf 2016. Stand: 31.12.2015.

tische Heimat, so Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Gerhart Baum, Guido Westerwelle oder Christian Lindner.³³ Beim Blick auf die Tabelle 1 fällt zudem auf, dass die rheinischen Bezirke Köln, Düsseldorf, Niederrhein und Aachen gegenüber den restlichen Gliederungen in Relation zur Bevölkerung enorm mitgliederstark sind. Ein Sonderfall stellt hierbei der Bezirksverband Ruhr da. Er repräsentiert alle Kreisverbände des Ruhrgebiets und bündelt somit Gliederungen, die teils zum Rheinland und teils zu Westfalen gehören, in einem Verband.³⁴

Als Zwischenfazit kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass die FDP im rheinischen Landesteil von Nordrhein-Westfalen deutlich mehr Mitglieder rekrutieren kann als im übrigen Teil des Landes. Insbesondere der Bezirksverband Köln weist vergleichsweise viele Mitglieder auf. Als zentraler Entscheidungsort des Landesverbandes gilt der Landesparteitag, an dem Delegierte der Untergliederungen teilnehmen.³⁵ Da die Anzahl der jeweiligen Delegierten der Gliederungen in erster Linie von ihrer Mitgliederzahl abhängt, sind unter den Delegierten der Landesparteitage verhältnismäßig viele Mitglieder aus dem Rheinland und insbesondere aus dem Bezirksverband Köln. Diese können dann die innerparteilichen Entscheidungen über die Programmatik und das Personal der Landespartei zu ihren Gunsten beeinflussen bzw. entscheiden. So ist der Befund, dass FDP-Mitglieder aus dem Rheinland überproportional viele Ämter in der Parteispitze der FDP-NRW besetzen, eine direkte Folge aus der spezifischen Mitgliederstruktur des Landesverbandes.

3.2 Rheinland-Pfalz

Die letzte Landtagswahl in Rheinland-Pfalz liegt schon etwas länger zurück. Am 13. März 2016 erreichte die FDP 6,2 Prozent der Zweitstimmen und kehrte damit nach fünf Jahren Abstinenz wieder in den Mainzer Landtag zurück.³⁶ Durch das solide Wahlergebnis konnte die FDP wieder eine Landtagsfraktion mit sieben Abgeordneten bilden. Die rheinland-pfälzischen Liberalen bewiesen einmal mehr ihre traditionelle koalitionspolitische Flexibi-

33 Vgl. Treibel: Die FDP in Nordrhein-Westfalen (wie Anm. 31), S. 286 f.

34 Konkret handelt es sich um die Kreisverbände Bochum, Bottrop, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen und Recklinghausen, vgl. <http://www.fdp-ruhr.de/Kreis-Stadt-und-Ortsverbände/14168b4696/index.html> (Stand: 3.1.2018).

35 Vgl. Treibel: Die FDP in Nordrhein-Westfalen (wie Anm. 31), S. 287.

36 Vgl. Heiko Gothe: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 13. März 2016. Populäre SPD-Ministerpräsidentin führt Rheinland-Pfalz in Ampel-Koalition. In: ZParl 46 (2016), S. 519-540, hier S. 526.

lität³⁷ und traten schließlich in eine sogenannte Ampel-Koalition ein, eine Zusammenarbeit mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Als einer der beiden kleineren Partner in der neuen Landesregierung besetzte die FDP mit dem Wirtschafts- und dem Justizministerium zwei Ressorts.³⁸

Durch die Parlamentsfraktion und Regierungsbeteiligung folgt die Entscheidungsstruktur der FDP Rheinland-Pfalz ähnlichen Mustern wie der des nordrhein-westfälischen Landesverbandes. Die Parteispitze der Landespartei umfasst den geschäftsführenden Landesvorstand, die Fraktionsführung und die FDP-Landesminister.³⁹ Wirft man einen detaillierten Blick auf die handelnden Personen der Parteispitze, stellt man fest, dass davon nur zwei Personen, nämlich Justizminister Herbert Mertin (Koblenz) und die stellvertretende Landesvorsitzende Sandra Weeser (Betzdorf), aus dem Rheinland stammen. Die beiden anderen zentralen Akteure, der Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Volker Wissing (Landau) sowie die Fraktionsvorsitzende Cornelia Willius-Senzer (Mainz), kommen nicht aus dem rheinischen Landesteil. Somit ist die Parteispitze hinsichtlich der regionalen Herkunft der einzelnen Personen deutlich heterogener aufgestellt als in Nordrhein-Westfalen.

Tab. 2: Mitglieder und Gliederungen der FDP Rheinland-Pfalz

Bezirksverband	Mitglieder	Kreisverbände
Rheinhessen-Vorderpfalz	1325	4
Pfalz	1017	8
Koblenz	1013	7
Eifel-Hunsrück	955	9

Quelle: Eigene Darstellung.⁴⁰

Dieser Befund wird auch bei einem Blick auf die Mitgliederzahlen der Untergliederungen dieses Landesverbandes bestätigt. Die FDP in Rheinland-

37 Vgl. Benjamin Höhne/Lasse Cronqvist: FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Divergierende Ausgangsbedingungen, Entwicklungs- und Durchsetzungschancen im Landesparteienwettbewerb. In: Ulrich Sarcinelli/Jürgen W. Falter/Gerd Mielke/Bodo Benzner: Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie. Wiesbaden 2010, S. 164-181, hier S. 169.

38 Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau wurde Volker Wissing aus Landau und Minister der Justiz Herbert Mertin aus Koblenz, vgl. ebd., S. 538.

39 Vgl. Höhne/Cronqvist: FDP und Bündnis 90/Die Grünen (wie Anm. 38), S. 172.

40 Zahlen dankenswerterweise zur Verfügung gestellt von Hermann Wiest, Landesgeschäftsstelle FDP Rheinland-Pfalz, Stand: 16.1.2018.

Pfalz hat nur vier Bezirksverbände, von denen die Bezirke Koblenz und Eifel-Hunsrück den rheinischen Landesteil repräsentieren. 45,7 Prozent aller Mitglieder des Landesverbandes leben in dieser Region. Von den Mitgliederzahlen her gibt es somit ein leichtes Übergewicht des geografisch nicht zum Rheinland gehörigen Landesteils. Der Bezirk Rheinhessen-Vorderpfalz ist der mitgliederstärkste Verband, der somit aufgrund der Mehrzahl an Delegierten auf dem Landesparteitag innerparteiliche Entscheidungsprozesse des Landesverbandes entscheidend beeinflussen kann. Aus dem geografisch nicht zum Rheinland gehörigen Bezirksverband stammen auch zahlreiche prominente FDP-Politiker, so z.B. der langjährige Landesvorsitzende und Bundesminister Rainer Brüderle,⁴¹ der mittlerweile Ehrenvorsitzender seines Landesverbandes ist.

Insgesamt kann also festgestellt werden, dass der rheinische Landesteil innerhalb des FDP-Landesverbandes Rheinland-Pfalz sowohl hinsichtlich des Personals in der Parteispitze, als auch im Hinblick auf die Mitgliederstruktur keine so hegemoniale Rolle einnimmt wie bei der FDP NRW.

4. Rheinische Akteure in der Bundespartei

Nachdem ein Blick in die beiden rheinischen Landesverbände NRW und Rheinland-Pfalz geworfen wurde, soll nun geklärt werden, welche Rolle Akteure aus dem Rheinland für die Bundespartei konkret spielen. Historisch ist erstens zu konstatieren, dass für die interne Willensbildung die beiden größten Landesverbände der Partei, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg, von entscheidender Bedeutung sind.⁴² Dies hängt einmal mehr mit der Mitgliederstruktur der FDP zusammen: So hat der nordrhein-westfälische Landesverband die mit Abstand meisten Mitglieder und zudem mehr als doppelt so viele Mitglieder wie der zweitgrößte Landesverband Baden-Württemberg.⁴³ Aufgrund der langen liberalen Tradition der Regierungsbeteiligung im Land und vor allem des Verfahrens, auch Wählerstimmen bei der Berechnung der Delegiertenzahlen der Landesverbände für den Bundesparteitag mit zu berücksichtigen,⁴⁴ kommt den baden-württembergischen Freidemokraten innerhalb der Bundespartei aber eine ähnlich einflussreiche Rolle wie den FDP-Vertretern von Rhein und Ruhr zu.⁴⁵ Besonders im Zeitraum zwischen den Bundestagswahlen 2013 und 2017, als die FDP nicht im Deutschen Bundestag vertreten war, konnte die FDP-NRW fast schon als das

41 Ebd.

42 Vgl. Treibel: Die FDP (wie Anm. 6), S. 100f, 237f.

43 Vgl. Niedermayer: Parteimitgliedschaften im Jahre 2016 (wie Anm. 28), S. 377.

44 Vgl. Glock: Die FDP (wie Anm. 2), S. 192.

45 Vgl. Treibel: Die FDP (wie Anm. 6), S. 101.

Machtzentrum der Partei angesehen werden. Für den Bundesvorsitzenden Christian Lindner, gleichzeitig in Personalunion auch Landesvorsitzender und Vorsitzender der Landtagsfraktion in Düsseldorf, war beim Wiederaufbau der Partei die lokale Machtbasis in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung.⁴⁶ Die NRW-Landtagsfraktion war mit 22 Mandatsträgern in diesem Zeitraum die größte Fraktion der FDP überhaupt. Aber auch der Landesverband Rheinland-Pfalz spielt aufgrund der vergleichsweise hohen Mitgliederzahl (die viertmeisten Mitglieder aller Landesverbände), der zentralen Rolle seines ehemaligen Landes- und jetzigen Ehrenvorsitzenden Rainer Brüderle⁴⁷ und der aktiv erprobten, alternativen Koalitionsmodelle⁴⁸ derzeit keine untergeordnete Rolle für die Bundespartei.⁴⁹

Die herausgehobene Stellung von Akteuren aus dem Rheinland für die Bundespartei lässt sich noch an weiteren Faktoren ablesen:

- Neben Christian Lindner gehört mit Agnes Strack-Zimmermann, stellvertretende Bundesvorsitzende aus Düsseldorf, derzeit eine weitere Rheinländerin dem Parteipräsidium und somit dem engsten Führungsgremium der Bundespartei an.⁵⁰
- 15 der Bundestagsabgeordneten, die bei der Bundestagswahl 2017 für die FDP in den Deutschen Bundestag gewählt worden sind, kommen gebürtig aus dem Rheinland. Keine andere Region in Deutschland stellt eine vergleichbare Anzahl an FDP-Bundestagsabgeordneten.⁵¹
- Auch historisch lässt sich der starke rheinländische Einfluss belegen: So stammen sieben der 14 Bundesvorsitzenden der Partei gebürtig aus dem Rheinland oder haben dort zumindest einen längeren Zeitraum gelebt.⁵² Zudem übten besonders in den 2000er Jahren die drei damaligen Ehrenvorsitzenden Scheel, Genscher und Lamsdorff – entweder aus dem

46 Vgl. Lindner: Schattenjahre (wie Anm. 1), S. 187 f.

47 Brüderle war nicht nur 28 Jahre Landesvorsitzender seiner Partei in Rheinland-Pfalz, sondern gehörte insbesondere ab 2009 als Bundeswirtschaftsminister und ab 2011 als Vorsitzender der Bundestagsfraktion zu den zentralen Akteuren der Parteispitze in Berlin.

48 Mit der sozialliberalen Koalition mit der SPD von 1991 bis 2006 und der Ampel-Koalition mit SPD und Grünen ab 2016 erprobte der Landesverband für die Bundespartei wichtige alternative Koalitionsmodelle zu der auf der Bundesebene immer noch primär angestrebten Zusammenarbeit mit der CDU/CSU.

49 Vgl. Höhne/Cronqvist: FDP und Bündnis 90/Die Grünen (wie Anm. 38), S. 172 f.

50 Vgl. Präsidium der FDP-Bundespartei, <https://www.fdp.de/seite/praezidium> (Stand: 3.1.2018).

51 Vgl. FDP-Bundestagsfraktion, <https://www.fdpbt.de/fraktion/abgeordnete> (Stand: 3.1.2018).

52 Während Franz Blücher (Essen), Walter Scheel (Solingen), Otto Graf Lamsdorff (Aachen), Guido Westerwelle (Bonn) und Christian Lindner (Wuppertal) im Rheinland geboren wurden, verlegten Erich Mende (geboren in Oberschlesien) und Hans-Dietrich Genscher (geboren bei Halle an der Saale) ihren Wohnsitz mit Beginn ihrer politischen Karriere in die Nähe von Bonn. Siehe dazu auch den Beitrag von Jürgen Fröhlich in diesem Band.

Rheinland gebürtig oder dort seit langem ansässig – Einfluss auf Entscheidungsprozesse in der Partei aus.⁵³

- Rheinische Akteure hatten ferner auch einen immensen Einfluss auf die Programmatik der Partei. Denn die drei bekanntesten und zentralen Grundsatzprogramme der Partei wurden allesamt von Rheinländern maßgeblich initiiert und geprägt:⁵⁴ Zum ersten die sozialliberalen Freiburger Thesen 1971, deren Erarbeitung vom damaligen Bundesvorsitzenden Walter Scheel beauftragt wurden; zum zweiten die neoliberalen Wiesbadener Grundsätze 1997, die vom damaligen Generalsekretär Guido Westerwelle maßgeblich formuliert wurden und zum dritten die bis heute gültigen Karlsruher Freiheitsthesen 2012, die von seinem mittelbaren Nachfolger Christian Lindner geprägt wurden.

5. Fazit

Die Ausführungen im letzten Kapitel dieses Beitrags haben eindrucksvoll bestätigt, dass Rheinländer in der Vergangenheit und Gegenwart maßgeblich die Führung, Organisation und Programmatik der FDP bestimmt haben. Als Hauptgrund muss vor allem die spezifische Mitgliederstruktur der FDP angeführt werden, denn besonders im rheinischen Landesteil von Nordrhein-Westfalen gibt es im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands verhältnismäßig viele FDP-Mitglieder, allen voran im FDP-Bezirksverband Köln. Aufgrund der zahlreichen Mitglieder bestimmen die regionalen Gliederungen der FDP aus dem Rheinland auch auf den Landes- und Bundesparteitagen den Kurs der Partei. Wegen der hegemonialen Rolle des FDP-Landesverbandes in der Bundespartei und der hegemonialen Rolle des FDP-Bezirksverbands Köln im Landesverband Nordrhein-Westfalen kann das Rheinland innerhalb der FDP praktisch als doppeltes regionales Entscheidungszentrum bezeichnet werden.

Ein Blick in die Partegeschichte zeigt aber auch, dass die geografische Lage der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn im Rheinland den Zuzug von prominenten FDP-Politikern, wie z.B. Erich Mende und Hans-Dietrich Genscher, zusätzlich begünstigte. Die Vermutung, dass sich der Einfluss des Rheinlandes durch den Umzug der Bundesregierung nach Berlin 1999 verschieben würde, bewahrheitete sich jedoch nicht. Während der Berliner Landesverband heute keine zentrale Rolle innerhalb der Bundespartei spielt, ist der Einfluss des Rheinlandes keineswegs gesunken, wie in der Analyse der

53 Dazu ausführlich Treibel: Die FDP (wie Anm. 6), S. 122 f.

54 Vgl. Treibel: Freie Demokratische Partei (wie Anm. 19), S. 327.

aktuellen Situation der Partei, besonders im Zeitraum von 2013 bis 2017, gezeigt werden konnte.

Ferner muss konstatiert werden, dass FDP-Politiker aus dem Rheinland es auch immer wieder geschafft haben, einflussreiche Positionen in der FDP zu besetzen und die Partei erfolgreich zu führen, wie in den 2000er Jahren Guido Westerwelle oder in der jüngsten Vergangenheit Christian Lindner.

Ein Blick auf die Entscheidungsstruktur der Partei zeigt aber auch, dass es jenseits der formalen Gliederungen in Landes-, Bezirks- und Kreisverbände keine informellen Strukturen hinsichtlich eines rheinischen Faktionismus innerhalb der Parteorganisation gibt. Konkret sind keine informellen Treffen oder Absprachen von FDP-Bundesparteitagsdelegierten oder Bundestagsabgeordneten aus der gesamten Region Rheinland bekannt, bei denen eine originär rheinische Politikagenda, über die Interessen des nordrhein-westfälischen Landesverbandes hinaus und möglicherweise entgegen den Interessen anderer Regionen gerichtet, festgelegt werden würde.

Inwieweit dieser starke Einfluss rheinischer Akteure auf die FDP in der Zukunft konstant bleibt, ist abzuwarten. Auch bei der FDP sind Tendenzen zu beobachten, innerparteiliche Entscheidungen nicht mehr nur auf Parteitagen zu entscheiden, sondern durch direktdemokratische Elemente wie Mitgliederbefragungen oder -entscheide auch die Partebasis direkt daran zu beteiligen.⁵⁵ Einerseits würde dies den Einfluss der rheinischen Delegierten und Parteiäliten einschränken, andererseits würde dann vermutlich trotzdem ein starker rheinischer Einfluss auf die freidemokratische Willensbildung bleiben, weil die FDP im Rheinland eben im Gegensatz zu anderen Regionen in Deutschland vergleichsweise viele Mitglieder hat, die gegebenenfalls bei direktdemokratischen Entscheidungen in der Partei den Ausschlag geben könnten.

Dieser politikwissenschaftliche Beitrag versuchte, die Hegemonie von individuellen und kollektiven Akteuren aus dem Rheinland in der FDP in erster Linie mit der besonderen Mitglieder- und Organisationsstruktur der Partei zu erklären. Auf die Qualität der politischen Führung und die biografischen Merkmale des liberalen Spitzengenerals konnten hier lediglich vereinzelte Schlaglichter geworfen werden. Es wäre aber auf jeden Fall wünschenswert, wenn diese Fragen in historischen Analysen vertiefend aufgearbeitet werden würden.

55 Entsprechendes kündigt der amtierende FDP-Bundesvorsitzende für zentrale Entscheidungen der Partei wie z.B. das Schließen eines Koalitionsvertrages an, vgl. Lindner: Schattenjahre (wie Anm. 1), S. 82.